

Gewerkschaft fordert Gleichbehandlung der Lehrer

Rems-Murr-Kreis Grundschulpädagogen sollen finanziell nicht schlechter gestellt werden, findet die GEW. Von Frank Rodenhausen

Die Worte, welche die Kultusministerin kürzlich bei einem Besuch in der Backnanger Max-Eyth-Realschule gesprochen hat, hallen in den Ohren von Michael Stoeß noch immer nach: Alle Schultypen sollten mit dem gleichen Respekt behandelt werden, habe Susanne Eisenmann betont. Das aber ist nach Auffassung des Vorsitzenden des Personalrats der Grund-, Haupt-, Werkreal-, Gemeinschafts- und Sonderschulen im Rems-Murr-Kreis nicht der Fall.

In den verschiedenen Schularten würden Unterschiede bei der finanziellen Eingruppierung des Lehrpersonals gemacht, sagt Stoeß: Verlierer des Systems, das sich mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen stark verändert habe, seien altgediente Hauptschullehrer und die Grundschulpädagogen generell. Letztere drohten gar komplett „abgehängt“ zu werden.

Die Lehrgewerkschaft GEW, deren Kreisvorstandsteam der Weinstädter Mi-

chael Stoeß zusammen mit dem Spiegelberger Roland Theophil bildet, will auf diese aus ihrer Sicht missliche Situation aufmerksam machen. Mit bundesweiten Aktionen und Pressegesprächen soll auf die „Ungerechtigkeiten unter den Schularten“ hingewiesen werden.

Die Ungleichbehandlung habe mit der Reform der Lehrerausbildung vor sechs Jahren begonnen, sagt Roland Theophil. Damals sei nicht nur das bis dato gemeinsame Lehramt von Grund- und Hauptschule getrennt worden, sondern man habe auch das Einstiegsgehalt von Primär- und Sekundärstufe mit den Lohnstufen A 12 beziehungsweise A 13 unterschiedlich gestaltet. Obwohl eine Expertenkommission klar für eine in allen Bereichen vergleichbare Ausbildung plädiert habe, sei vier Jahre später, bei einer neuerlichen Reform und der Umstellung der Ausbildung auf eine Bachelor-/Master-Struktur, beschlossen worden, alle Studiengänge auf zehn Semes-

ter auszuweiten, die Primärstufe aber bei acht Semestern Studiendauer zu belassen.

Das Motto sei nun offenbar „kleine Kinder kleines Geld, große Kinder großes Geld“, sagt Roland Theophil, doch das macht seiner Meinung nach keinen Sinn: „Wir machen schließlich alle das Gleiche: Wir alle arbeiten an der Ausbildung von Kindern.“ In Grundschulen seien Lehrer außer mit Wissensvermittlung zudem meist mit allerlei „Nebenjobs“ betraut – Lernstandserhebungen und Gespräche mit Eltern seien hier an der Tagesordnung.

Die vergleichsweise schlechte Bezahlung führe dazu, dass immer weniger Nachwuchskräfte diesen Beruf anstreben. Schulleiter wolle schon gar niemand mehr werden. „Die Zulage dafür, 168 Euro brutto, steht in keinem Verhältnis zu dem, was man als Rektor zusätzlich leisten muss.“ Hinzu komme die für alle geltende Differenz zwischen Primär- und Sekundärstufe, was im Schnitt 370 bis 450 Euro pro Monat ausmache. „In unseren noch 83 Grundschulen im Kreis

gärt es gewaltig“, sagt Theophil. Und offenbar nicht nur dort. Auch altgediente Haupt- und Werkrealschullehrer würden nach wie vor nach dem niedrigeren Tarif entlohnt, selbst wenn sie seit 30 Jahren oder noch länger hervorragende Arbeit ablieferten. Zwar werde ihnen theoretisch die Möglich-

„Wir machen alle das Gleiche: Wir alle arbeiten an der Ausbildung von Kindern.“

Roland Theophil von der Lehrgewerkschaft GEW

keit einer Weiterqualifizierung mit der Perspektive auf eine Tätigkeit an einer Gemeinschaftsschule eröffnet, doch die Zahl zwischen Berechtigten und Qualifizierungsplätzen klappe weit auseinander. „Und was ist mit jenen, die an einer Hauptschule verbleiben?“, fragt Theophil.

Was also tun? Für die Gewerkschaftsfunktionäre Stoeß und Theophil ist die Antwort darauf klar. Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen hätten es vorgemacht und beschlossen, künftig alle nach A 13 zu bezahlen, explizit auch die Grundschullehrkräfte. „In einem reichen Land wie Baden-Württemberg, in dem die Steuereinnahmen nur so sprudeln, sollte so etwas doch auch möglich sein“, sagt Theophil.